**Toni Sender**

Die Tochter einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Biebrich am Rhein, die schon 1906 in Frankfurt am Main zur Gewerkschaftsbewegung, vier Jahre später zur Sozialdemokratie gefunden hatte, war während ihrer Zeit als Fremdsprachensekretärin in Paris von 1910 bis 1914 der dortigen sozialistischen Partei beigetreten. Im Ersten Weltkrieg hatte sie zu jenen gehört, welche von Frankfurt aus die Antikriegsbewegung in Südwestdeutschland angeführt haben. 1917 ist sie Mitgründerin der linksoppositionellen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) gewesen. In der Novemberrevolution des folgenden Jahres ist Sender als Generalsekretärin der Exekutive des Frankfurter Arbeiterrates hervorgetreten. Schon bald war sie von ihrer Partei mit der Redaktionsleitung ihrer neuen Tageszeitung für den Südwesten „Volksrecht“ betraut worden. Seit 1920 wirkte sie zudem als Redakteurin der vom Deutschen Metallarbeiter-Verband herausgegebenen „Betriebsräte-Zeitschrift“, für die sie bis 1933 über 400 Artikel schrieb.

Der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat Toni Sender von 1919 bis 1924 angehört, ab 1920 und bis 1933 auch dem Deutschen Reichstag, und zwar erst für die USPD, seit 1922 dann für die SPD. Bis 1924 war sie Abgeordnete für den Wahlkreis 21 Hessen-Nassau, danach für den Wahlkreis 28 Dresden-Bautzen. In den Reichstagsausschüssen für Außenpolitik und für Wirtschaft arbeitete sie bis zum Schluss mit. Dem zentralen Parteiausschuss der SPD gehörte sie seit 1922 an, Mitglied ihrer Programmkommission war sie bis 1924, und überdies wirkte sie ab 1928 als einziges weibliches Mitglied in der Wehrkommission beim SPD-Parteivorstand mit. Obendrein noch ist ihr damals die Redaktion der SPD-Illustrierten „Frauenwelt“ übertragen worden, während sie im Informationsorgan für die Funktionärinnen ihrer Partei „Die Genossin“ ebenfalls eifrig publizierte. Darüber hinaus trat sie seinerzeit nicht nur in der Reichshauptstadt und in Sachsen, sondern in vielen deutschen Städten, verschiedentlich zudem in Belgien, Frankreich und den USA als leidenschaftliche Propagandistin einer freiheitlichen, friedlichen und sozialistischen Demokratie auf. Auch in Wiesbaden wurden mehrfach Großkundgebungen mit ihr durchgeführt.

Vor der faschistischen Gefahr hatte die couragierte Parteilinke schon früh gewarnt. Zu deren Abwehr setzte sie auf einen kämpferischen Kurs und plädierte schließlich sogar für die Ausrufung des politischen Generalstreiks. Gleichzeitig wies Sender, die in ihren Versammlungen nur allzu oft von Nazis und Kommunisten gemeinsam attackiert worden ist, die doppelzüngigen Einheitsfront-Appelle Letzterer entschieden zurück. Nachdem sie bereits seit Jahren antijüdischen Hetztiraden und offenen Morddrohungen seitens der demokratiefeindlichen Kräfte von rechts ausgesetzt gewesen war, sah sie sich durch neuerliche diesbezügliche Angriffe während des Reichstagswahlkampfes 1933 dazu veranlasst, am 5. März, noch am Wahltag, Hals über Kopf aus Deutschland zu fliehen.

Ihren Kampf gegen den Faschismus an der Macht setzte die vorerst völlig Mittellose erst von der Tschechoslowakei, seit dem Sommer 1933 dann von Belgien aus fort. In Antwerpen, wo sie als außenpolitische Leitartiklerin für die sozialistische „Volksgazet“ arbeitete, stand sie schon bald an der Spitze einer Gruppe ebenfalls hierher geflüchteter Sozialdemokraten, von denen viele dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angehörten. Diese unterhielten einen illegalen Kurierdienst, um vor allem vom Prager Exilvorstand der SPD herausgegebene antinazistische Propagandaschriften per Bahn und Schiff ins deutsche Reichsgebiet einzuschmuggeln. Zur selben Zeit leistete Sender unentwegt Aufklärungsarbeit über den außerhalb Deutschlands weithin unbekannten Untergrundkampf der hiesigen Antifaschisten.

Nach zwei mehrmonatigen Vortragsreisen quer durch die USA, die wiederum der Aufklärung über das faschistische Deutschland und die dortige Widerstandsbewegung dienten, fasste die im Vorjahr vom „Dritten Reich“ Ausgebürgerte Ende 1935 den Entschluss, nicht mehr nach Belgien zurückzukehren. Anfangs lebte sie in Washington, bald darauf in New York. Zunächst arbeitete sie für eine Pariser und eine Brüsseler Zeitung als Auslandskorrespondentin, schrieb aber u. a. auch für die in New York erschienene deutschsprachige „Neue Volkszeitung“. Diese war ebenso antifaschistisch wie antikommunistisch ausgerichtet und ist dabei deutlich sozialdemokratisch positioniert gewesen. Nachdem sie Ende 1936 zu den Unterzeichnern des Pariser Volksfront-Aufrufs „Für Frieden, Freiheit und Brot!“ gehört hatte, informierte sie sich Mitte des nächsten Jahres während einer ausgedehnten Europareise u. a. über den Bürgerkrieg in Spanien sowie über die Volksfront-Regierung in Frankreich. Kaum in die USA zurückgekehrt, trat Sender der American Labor Party bei. Die Novemberpogrome in Deutschland veranlassten sie 1938 dazu, umgehend für die Übernahme von Bürgschaften zu werben, welche deutschen Juden die Einwanderung in die Vereinigten Staaten ermöglichten.

Auch ihrem 1939 veröffentlichten Rückblick „The Autobiography of a German Rebel“ hat sie selbstredend eine dezidiert antinazistische Stoßrichtung verliehen. Ihren Lebensunterhalt bestritt sie seinerzeit nicht nur als Journalistin, sondern daneben als überaus gefragte Vortragsrednerin zu allen möglichen brandaktuellen, auch frauenspezifischen Themen, insbesondere aber zur vom deutschen Faschismus akut ausgehenden Kriegsgefahr. Der wenige Tage vor Kriegsausbruch geschlossene Hitler-Stalin-Pakt sollte Toni Sender einmal mehr in ihrer antistalinistischen Grundhaltung bestärken und veranlasste sie zum Austritt aus dem in dieser Hinsicht unverkennbar kommunistisch beeinflussten Deutsch-Amerikanischen Kulturverband. Kurz zuvor war sie ein zweites Mal nach Europa gereist, um für ihr Buch zu werben, aber auch um Material zu sammeln für eine Monographie über den antifaschistischen Widerstand. Von diesem Vorhaben nahm sie allerdings wieder Abstand, als sie erkannt hatte, dass durch eine solche Publikation womöglich die konspirativen Strukturen der Widerständler in Gefahr gebracht werden könnten.

In den USA engagierte sie sich spätestens seit 1940 in der Flüchtlingsbetreuung, kooperierte eng mit einigen dortigen Gewerkschaften und versammelte außerdem einen Diskussionszirkel emigrierter früherer Funktionäre der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung um sich, die sogenannte Toni-Sender-Group. Des Weiteren betätigte sie sich für den German-American Congress for Democracy, als dessen Vizepräsidentin sie sogar fungierte, sowie als Vorstandsmitglied für die Association of Free Germans, die sich selbst als deutsche Exilvertretung begriff. Beide Organisationen waren stark antikommunistisch ausgerichtet. Mit Nachdruck warb sie seit jener Zeit für den gemeinsamen Kampf von Deutschen und Amerikanern gegen Faschismus und Diktatur. Dem 1942 gegründeten, geraume Zeit vom US-Geheimdienst Office of Strategic Services finanzierten European Labor Research stand sie als Direktorin vor. Mit ihrem kleinen Team erstellte sie dort bis zum Herbst 1943 zahlreiche Berichte zur Lage der Arbeiterschaft sowie zum Widerstand in Nazi-Deutschland und in den von diesem okkupierten Ländern Europas. In jenem Jahr erhielt sie auch die US-Staatsbürgerschaft. Ihr damals in New York an der New School for Social Research aufgenommenes Ökonomiestudium, mit dem sie an ihr einst in Berlin nach fünf Semestern abgebrochenes Volkswirtschaftsstudium anknüpfen wollte, musste die Vielbeschäftigte nach kurzer Zeit abermals aufgeben.

Von 1944 bis 1946 wirkte Sender als Wirtschaftssachverständige in der Zentraleuropaabteilung der United Nations Relief and Rehabilitation Administration und war nicht zuletzt beteiligt an der Organisierung von Unterstützungs- bzw. Rückführungsmaßnahmen für die zahllosen Displaced Persons in fast ganz Europa. Ihr Versuch, im Herbst 1946 von der US-Militärregierung in Deutschland beschäftigt zu werden, scheiterte. Dafür konnte sie sich nun als Assistentin der Repräsentanten der American Federation of Labor beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, ab 1950 dies dann für den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, auf den das AFL-Mandat übergegangen war, auch für die deutsche Bevölkerung verwenden. Das bis zu ihrem Ausscheiden Ende 1956 für sie fraglos bestimmende Thema war die Bekämpfung von Sklaverei und Zwangsarbeit, und zwar vor allem in der von ihr als „roter Faschismus“ klassifizierten Sowjetunion und in deren Satellitenstaaten, was dementsprechend für heftigste Konflikte mit dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund sorgte.

In Deutschland, das sie nach dem Krieg mehrmals besuchen konnte, genoss sie auch aufgrund ihrer großen Hilfsbereitschaft bei vielen ihrer alten Genossen weiterhin größte Wertschätzung. Dennoch verblasste die Erinnerung an sie hier zunehmend. Der einstmalige Reichstagspräsident Paul Löbe und Martin Hörner etwa, der Vorsitzende des Biebricher SPD-Ortsvereins, gehörten hingegen zu jenen, welche die Verbindung mit der an Parkinson Erkrankten und schließlich an einem Schlaganfall verstorbenen früheren bekennenden Dissidentin bis zuletzt aufrechterhalten haben.

Durch ihre 1981 erstmals auf Deutsch erschienene Autobiographie wurde hierzulande das Interesse an dem beeindruckenden Lebensweg der leidenschaftlichen Demokratin und Freiheitsfreundin entfacht und führte zu etlichen bemerkenswerten biographischen Würdigungen. Anlässlich ihres 100. Geburtstages realisierte Margot Brunner, die erste Wiesbadener Frauenbeauftragte, eine Ausstellung, die weit über deren Präsentationsort Wiesbaden-Biebrich hinaus auf großes Interesse gestoßen ist.

Hier erinnern ein 1988 nach ihr benanntes Seniorenzentrum und eine gleichnamige, dort ebenfalls untergebrachte Städtische Kindertagestätte an die gewiss bedeutendste Politikerin, die vordem in Hessen beheimatet gewesen ist. Zu ihrem 50. Todestag wurde an ihrem Geburtshaus in der Stettiner Straße 6 eine Gedenktafel angebracht. Und auch die in Wiesbaden wirkende Sozialistische Bildungsgemeinschaft Hessen, die Toni-Sender-Akademie, bewahrt durch ihre Namensgebung das Andenken an jene tapfere Kämpferin gegen die NS-Diktatur und den Stalinismus sowie für die Durchsetzung und Bewahrung demokratischer Grundprinzipien überall in der Welt.

Dr. Axel Ulrich